

## TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/217

Bonn, den 11. November 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

- |        |  |     |
|--------|--|-----|
| 1 - 2a | <u>Ersatz für Regierungserklärung</u><br>Zur zweistündigen Rede Erhards<br>im Deutschen Bundestag  | 170 |
| 3      | <u>"Aktion Willingen" - ein Beispiel praktischer Berlin-Hilfe</u><br>Über 4 000 betagte Berliner Bürger waren seit 1960<br>Gäste des Landes Hessen       | 46  |
| 4      | <u>Die "Doppelrolle" der "Goldenen Stadt"</u><br>Schwerpunkt der kommunistischen Auslandspropaganda<br>Prag als Mittelpunkt östlicher Propaganda         | 47  |
| 5 - 6  | <u>Krach in der Kommunistischen Partei Frankreichs</u><br>De Gaulle, Mitterrand oder Wahlboykott?<br>Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer | 96  |

+ + +

Ersatz für Regierungserklärung

Zur zweistündigen Rede Erhards  
im Deutschen Bundestag

sp - Es war die umfangreichste und längste Regierungserklärung, die der Bundestag und im Rundfunk das deutsche Volk zu hören bekam. Die Länge einer Rede besagt noch nichts über deren Gehalt. Erhard ist ein Meister schwammiger, wortreicher Formulierungen, er versteht es, in langen Sätzen des Gedankens Blässe zu verbergen. Sein Gedankengang liebt das hohle Pathos. Auch diesmal klang es in weiten Passagen seiner Erklärung durch, ohne dabei an Überzeugungskraft zu gewinnen. Die Unbestimmtheit seiner Aussage, die Zuflucht zu Gemeinplätzen, das Hinwegreden über harte Realitäten, das Sich-nicht-festlegen-wollen prägt seinen Stil, verbirgt seinen Mangel an Führungskraft. Darin liegt zugleich seine Stärke und Schwäche. Als Wahllokmotive kommen ihm diese besonderen Fähigkeiten zugute. Für einen Politiker, der als Bundeskanzler die Richtlinien der Politik zu bestimmen hat, werden sie zu einem bedrohlichen Handicap.

Wie gut hätte es dem Politiker Erhard angestanden, wäre er vor den Bundestag hingetreten und hätte etwa gesagt: ja, ich habe mich über die Finanzlage des Bundes getäuscht, als ich dem Präsidenten des Bauernverbandes vor den Wahlen eine Milliardensubvention versprach. Es war ein Versprechen, das ich nie hätte geben dürfen. Doch zu solcher Offenheit ist dieser Mann nicht fähig. Das Eingeständnis begangenen Irrtums kommt nicht über seine Lippen.

Der Bundeskanzler m u s s t e wissen, wie es um die Haushaltslage bestellt ist, er m u s s t e wissen, dass die in hektischer Eile vom 4. Deutschen Bundestag verabschiedeten ausgabewirksamen Gesetze keine finanzielle Deckung hatten und dass sie das Bundesdefizit auf die erschreckende Höhe von sieben Milliarden DM anschwellen liessen. Nun malte er in seiner Erklärung ein düsteres Bild von der finanziellen Lage, musste eingestehen, dass viele beschlossene Vorhaben nicht durchgeführt oder auf die lange Bank geschoben werden.

Das spricht nicht gerade von Redlichkeit im Umgang mit dem Wähler. Hier gibt es auch keine Verwischung von Verantwortlichkeiten. Für jeden Sachkundigen lag die Entwicklung der letzten zwei Jahre offen. Der Zeitpunkt des finanziellen Debakels war abzusehen. Das hat die Koalition, von Erhard geführt, aber nicht daran gehindert, für den Tag darauflos zu wirtschaften, ohne die Zukunft zu bedenken. Die Angst um den Wahlsieg und vor der Sozialdemokratie führte sie auf die schiefe Bahn; die bitteren Früchte solchen Verhaltens haben wir nun alle auszukosten.

An Warnungen hat es nicht gefehlt. Die Sozialdemokraten haben auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes Bundeskanzler und Koalition wiederholt aufgefordert, ihre Karten vor dem deutschen Volk offen auf den Tisch zu legen. Sie wollten wissen, wie sich die Regierungsparteien die Finanzierung der beschlossenen Geschenke vorstellen. Doch diese schwiegen. Sie führten den Wähler bewusst in die Irre. Sie täuschten ihn und erweckten Hoffnungen, die heute abgeschrieben werden müssen. Weckt man so das Vertrauen des Volkes zur Staatsführung? Auch jetzt noch nimmt die Regierung zu Mogeleyen Zuflucht. So erweckt sie den Eindruck, als wäre mit den vorgesehenen drastischen Kürzungen

der Haushalt für das Jahr 1966 stabilisiert, verschweigt jedoch, dass noch ein Defizit von etwa anderthalb Milliarden vom Bundeshaushalt dieses Jahres abzutragen ist, was erst 1967 geschehen soll. Auch in der Finanzierung des "Deutschen Gemeinschaftswerks" steckt schon der Pferdefuß. In der Regierungserklärung heisst es:

- \* "Bei seiner Proklamierung sollen dem Gemeinschaftswerk auf lange
- \* Sicht, unbeschadet der in den Haushalten von Bund und Ländern die
- \* bisher für Gemeinschaftsaufgaben vorgesehenen Mittel, zusätzlich
- \* - soweit wie möglich - diejenigen Steuereinnahmen des Bundes und
- \* der Länder zur Verfügung stehen, die als Folge der Steuerprogression
- \* über den jeweiligen realen Zuwachs des Bruttosozialprodukts
- \* hinausgehen."

Erhard verschwieg die schlichte Wahrheit, dass Länder und Gemeinden von vornherein zu erwartende höhere Steuereinnahmen schon längst in ihre Finanzierungspläne eingebaut haben oder vom Finanzminister Dähler vorweggenommen sind, so dass für das von ihm geplante Gemeinschaftswerk keine Mittel zur Verfügung stünden. Auch ein solches "Übersehen" lässt sich mit redlicher Haushaltsführung nicht vereinbaren, es bleibt eine Lügelei, täuscht etwas vor, was der Wirklichkeit nicht entspricht.

Nur in einem Punkt wurde der Bundeskanzler konkret, verliess er den schwammigen Boden. Von den Arbeitnehmern verlangt er eine wöchentliche Arbeitsstunde mehr. Weiss er nicht, dass die tariflich festgelegte Arbeitszeit grösstenteils in der Industrie auf dem Papier steht? Was er will, was er vom deutschen Arbeitnehmer abverlangen möchte, ist der Verzicht auf Lohnausgleich und Überstundenvergütung. Welch eine Einstellung! Opfer und Opferbereitschaft nur von einer bestimmten Gruppe zu verlangen, gerade von jener Gruppe in der Bevölkerung, ohne deren Fleiss und Tüchtigkeit unser Wiederaufbau nicht möglich gewesen wäre. Auch in der Ablehnung der Erweiterung der Mitbestimmung zeigt sich Erhard, wie er ist: Wahrscheinlich ist dies die Konzession, durch die die Koalition zusammengehalten werden soll, eine Koalition mit merkbarem antisozialen Anstrich.

Der Bundeskanzler steht auf schwachem und unsicherem Boden. Seine Regierungserklärung enthält keine wegweisenden, die Politik und die Menschen befuerndenden Gedanken. Sie bleibt der Ausfluss einer Grundhaltung, die uns dorthin geführt hat, wo wir heute stehen und die mit den eigentlich grossen Schwierigkeiten nicht fertig werden konnte. Sie öffnet keinen Weg für die Modernisierung und Demokratisierung unserer Gesellschaft, sie verkündet den Stillstand oder gar Rückschritt, nicht aber den Fortschritt.

Die bewegenden Fragen bleiben unbeantwortet. Sein Programm passt nicht in das Jahr 1929 hinein, nicht für das Jahr 1965. Erhards "formierte Gesellschaft", in der wir nach seiner Meinung schon stehen, enthält alle Elemente von Disharmonie und Sprengungskraft. Noch nie war der Druck von mächtigen Interessenverbänden so spürbar wie heute, und der Bundeskanzler ist keineswegs der Mann, ihm zu widerstehen. Er kann seine Vergangenheit nicht leugnen. Er selbst hat das Instrumentarium zerbrochen, das jede moderne Volkswirtschaft braucht, um Krisenanfälligkeiten unter Kontrolle zu halten. Unter ihm erlebten die Bundesbürger die bisher grösste Teuerungswelle und die empfindlichste Geldentwertung. Erhard, das beweist seine Regierungserklärung, ist nicht der Dirigent, der die Dinge wieder ins Lot bringen könnte. Dazu mangelt es ihm an Phantasie und Entschlusskraft.

Auch im aussenpolitischen Teil dieser Regierungserklärung findet man wenig Substanz. Nicht einmal aufmerksame Leser des vorgetragenen Textes könnten mit Sicherheit sagen, wie der Bundeskanzler angesichts seiner gerade aussenpolitisch völlig zerstrittenen Koalitionsparteien das Kunststück fertigbringen will, einerseits seinen eigenen Verein in Ordnung zu halten und andererseits das Atlantische Bündnis sowie die deutsch-französische Freundschaft zu erhalten oder gar zu festigen. Beide Ziele hat er sich verbal gesetzt.

Es gibt einige Passagen in diesem Teil seiner Rede, die gewissenhaft vermerkt werden sollten, damit später niemand sagen kann, er habe nicht gewusst, dass der Bundeskanzler sein aussenpolitisches Konzept so vorträgt wie ein Mann, der mit einer Laterne im Nebel spazierengeht und vorgibt, den Mond zu suchen. Der Bundeskanzler erinnerte daran, dass die vier Siegermächte am 23. Juli 1955 in einer Direktive der Regierungschefs erklärt hätten, sie strebten eine Lösung der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen in Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes sowie im Interesse der europäischen Sicherheit an. Aber dann folgt der lapidare Satz: "Auch dieses Versprechen wurde nicht eingelöst." Wenn der Kanzler vorher von den vier Mächten spricht und danach global an das nicht eingelöste Versprechen erinnert, dann erhebt er ebenso global einen schweren Vorwurf gegen die mit der Bundesrepublik verbündeten Westmächte, einen Vorwurf, der sich deutlich an die Adresse Moskaus richten müsste.

Es ist anzunehmen, dass Herr Erhard bald in Paris, London und Washington gefragt wird, ob man in Bonn vergessen habe, was im Gegensatz zum Verhalten Moskaus die Westmächte seit 1955 alles getan haben, um die damalige Direktive in die Tat umzusetzen. Und Herr Erhard wird sicher auch gefragt werden, mit welchem Recht die Bundesregierung unfreundliche Worte an die Adresse ihrer Verbündeten richtet, selbst aber kaum in der Lage sein dürfte, den Nachweis für eigene Leistungen und Vorschläge in der zugegebenermaßen komplizierten Frage der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Frieden vorzubringen. Wenn Herr Erhard gleichzeitig ankündigt, die Bundesregierung werde nunmehr ein "Weißbuch" herausgeben, "um unserem Volke und der Weltöffentlichkeit die Intensität auch ihrer eigenen Bemühungen" erneut vor Augen zu führen, dann muss man sich fragen, was denn diese Regierung bisher auf diesem Gebiet getan hat.

Geradezu leichtfertig ist die Ankündigung Erhard's, die Bundesregierung werde "a l l e s" tun, um den inneren Zusammenhalt zwischen den beiden Teilen unseres getrennten Volkes zu festigen... "aber sie wird keinen politischen Preis" dafür zahlen. Dieser Satz enthält einen Widerspruch in sich. Das Wort "a l l e s" ist deutlich und umschließt auch politische Preise, die man für die Erreichung des angestrebten Zieles zu zahlen gedenkt. Wenn man aber im gleichen Atemzug erklärt, man wolle k e i n e n politischen Preis zahlen, dann ist das Wort "a l l e s" völlig überflüssig.

Hier offenbart sich die ganze innere Unwahrhaftigkeit der Erhard'schen Deklamationspolitik. Da werden nach aussen und nach in-

rer Illusionen erweckt, die jedoch sofort danach mit einer Aufzählung von vielen WENN und ABER wieder aus der Welt geschafft werden sollen. Das ist leichtfertig, blockiert die notwendige Diskussion über den angemessenen deutschen Beitrag zur Vorbereitung einer Friedensregelung für Deutschland und trägt somit den Stempel des Mangels an Seriosität.

Das gleiche muss zu jenen Passagen gesagt werden, in denen Erhard über Abrüstungs- und Entspannungspolitik spricht. Hier wiederholt der Bundeskanzler allgemeine Redensarten und versucht nicht einmal, Ansätze zu einer Präzisierung deutscher Vorstellungen zu entwickeln.

Sinnigerweise wird der im schriftlichen Text der Regierungserklärung als Kapitel XXVIII bezeichnete Abschnitt zur Europapolitik mit der Überschrift versehen "Realismus und Zuversicht auf dem Weg nach Europa". Auch dieser Absatz enthält weder Realismus noch Zuversicht. Das Wort "formieren" scheint es dem Bundeskanzler angetan zu haben; es findet seinen Niederschlag in dem so belanglosen und nichtssagenden Satz "Europa muss sich politisch, wirtschaftlich und militärisch formieren".

Und dann kommt, gleich darauf, die nach allen Seiten ausdehnbare Gummiphrase: "Wir müssen konstatieren, dass das Zusammenhörigkeitsgefühl der europäischen Völker derzeit politisch noch nicht organisierbar zu sein s c h e i n t." Anstatt realistisch und deutlich zu sagen, dass die Bemühungen um die politische und wirtschaftliche Einigung Europas nicht wegen des Mangels an Einsicht der europäischen V ö l k e r, sondern wegen des Verhaltens der Regierung e i n e s europäischen Landes in eine Sackgasse geraten sind, wird mit dem Wörtchen "scheint" operiert.

Wer so vor sich hinredet, braucht sich nicht zu wundern, wenn man ihn, besonders bei internationalen Verhandlungen über die Schicksalsfragen unseres Volkes, nicht ernst nimmt.

Bundeskanzler Erhard hat nur eine Entschuldigung für diese schwache Regierungserklärung: Das ist das Durcheinander in der die Regierung nicht tragenden, sondern sie hin- und herreisenden Parteien. Um bei keiner der vielen Gruppen innerhalb der Regierungskoalition anzustossen, hat die vermeintliche Wahllokomotive Erhard nur auch den letzten Dampf abgelassen. Sie ist auf das Abstellgleis gefahren und wartet dort auf neue Kohlen, in der Hoffnung, dass irgend jemand oder irgend etwas ihr wieder Dampf geben könnte. Deshalb ist die Regierungserklärung kein Start zu neuem Beginnen.

\* \* \*

"Aktion Willingen" - ein Beispiel praktischer Berlin-Hilfe

---

Über 4 000 betagte Berliner Bürger waren seit 1963  
Gäste des Landes Hessen

sp - Mit einem Brief, den der hessische Arbeits- und Sozialminister Heinrich Hemsath Ende 1959 an den Berliner Senator für Arbeit und Sozialwesen, Kurt Exner, schrieb, begann die "Aktion Willingen", wie sie von vielen betagten Berliner Bürgern genannt wird. Staatsminister Hemsath lud damals die ersten 272 minderbemittelten über 65-jährigen Berliner zu einem dreiwöchigen Erholungsurlaub in die Hochsauerland-Gemeinde Willingen (Kreis Waldeck) als Gäste der hessischen Landesregierung ein.

Aus bescheidenen Anfängen heraus entwickelte sich ein Erholungswerk, durch das bis heute über 4 000 alte Berliner nach Willingen kamen.

Als der hessische Landtag im November 1959 den Beschluß faßte, alte Berliner nach Hessen für Erholungskuren einzuladen, stellte er zunächst 70 000 DM bereit. Für 1961 wurden schon 100 000 DM und für 1962 dann 225 000 DM bewilligt. Seit 1963 stehen für diesen Zweck alljährlich 300 000 DM zur Verfügung, und im kommenden Jahr werden es erstmals 370 000 DM sein. In enger Zusammenarbeit mit den Berliner Sozialämtern werden diejenigen alten Bürger ausgesucht, die erholungsbedürftig und infolge ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht in der Lage sind, aus eigenen Mitteln einen Ferienaufenthalt zu finanzieren. Sie werden in Willingen in Privatpensionen betreut, wo sie sich - wie sie in Hunderten von Briefen sowie in persönlichen Gesprächen mit Staatsminister Hemsath und Senator Exner erklären - wie zu Hause fühlen.

Sozialminister Heinrich Hemsath sagt, daß der damalige Start der "Aktion Willingen" zunächst ein Versuch gewesen sei, um nicht nur die enge und herzliche Verbindung des Landes Hessen zum Lande Berlin zu dokumentieren, sondern auch den alten Bürgern Berlins eine wirkliche Freude zu bereiten und neuen Lebensmut zu geben. Deshalb seien die Mittel von Jahr zu Jahr erhöht worden. So konnten 1962 bereits 768 und seit 1963 alljährlich 900 alte Berliner als Gäste der hessischen Landesregierung in Willingen weilen. Im nächsten Jahr, so kündigte Minister Hemsath an, werden erstmals 1 000 betagte "Spree-Athener" nach Willingen eingeladen.

Der Berliner Senator Exner sagte, daß Hessen mit der "Aktion Willingen" vielen deutschen Bundesländern ein Beispiel gegeben habe. Wenn heute alljährlich mehrere tausend alte Berliner einen erholsamen Ferienaufenthalt in westdeutschen Kurorten erleben könnten, so sei das der Initiative Hessens zu danken. Als erstes Bundesland habe Hessen die Betreuung alter Menschen der früheren Reichshauptstadt übernommen und von Jahr zu Jahr gesteigert. Dafür dankten nicht nur die Mitglieder des Berliner Senats, sondern vor allem die alten Berliner, für die es zum großen Teil das erste Ferienerlebnis ihres langen und arbeitsreichen Lebens gewesen sei.

Und ein alter Berliner Gewerkschafter meinte nach seinem Aufenthalt in Willingen: "Det habe iok jemerkt: die Hessen reden nich so viel von Berlin, aber sie haben uns nich vajessen, vor allem uns Alte nich! Un. det freut mir."

## Die "Doppelrolle" der "Goldenen Stadt"

### Schwerpunkt der kommunistischen Auslandspropaganda

E.D. - Wer abends durch die Straßen der Goldenen Stadt an der Moldau promeniert, wird oftmals anstelle tschechischer Laute auch vertraute Wörtfetzen in anderen Sprachen auffangen. Spanisch, Portugiesisch und Italienisch hört man sehr häufig. Afrikanische und asiatische Sprachen sind ebenfalls nicht selten. Es sind nicht nur die vielen Studenten und Praktikanten aus Lateinamerika, der Pyrenäenhalbinsel und Italien, die es sich mit ihren Stipendien leisten können, abends einmal ein Boulevard-Café zu besuchen. Ähnliche Zahlen über die ausländischen Studierenden in Prag gibt es zwar nicht, aber es wird behauptet, daß an der Prager Universität mehr Lateinamerikaner als an irgendeiner anderen Ostblock-Universität immatrikuliert sind, wenn man von der Moskauer "Völkerfreundschafts-Universität Patrice Lumumba" absieht.

Neben den Studenten und Praktikanten halten sich in Prag eine ganze Menge interessanter Leute auf, die in der östlichen Propaganda eine nicht unwichtige Rolle spielen. Es gibt eine stattliche italienische Kolonie, die sich zumeist aus Kommunisten zusammensetzt. Die Mehrzahl von ihnen arbeitet im Prager Rundfunk, der täglich mehr als acht Stunden in Italienisch sendet. Das Programm "Oggi in Italia" (Heute in Italien) leitet der ehemalige KP-Abgeordnete Francesco Morano.

Radio Prag unterhält Spezialstudios für Sendungen nach Spanien, Portugal und Lateinamerika, sowie für die in der Bundesrepublik und anderen EWG-Ländern tätigen spanischen und portugiesischen Gastarbeiter. Mehrere hundert Mitarbeiter aus diesen Gebieten sind im Prager Rundfunkhaus aktiv. Radio Prag ist nämlich der Schwerpunkt der östlichen Auslandspropaganda. So soll sich dort der spanische Spezialsender "Radio Espana Independiente" befinden, der in Spanien recht gut empfangen wird und ausführliche Berichte über Widerstandsaktionen gegen das Madrider Regime bringt.

In Prag sitzen auch das Zentralkomitee der spanischen KP im Exil, die Parteileitung der verbotenen kommunistischen Partei Portugals, die illegale Leitung der venezolanischen KP sowie eine ständige Vertretung der linksradikalen venezolanischen Aufstandsbewegung FALN. Diese genießt sogar diplomatische Privilegien. Das Bild rundet sich ab mit der spanischen Redaktion der vielsprachigen theoretischen KP-Monatschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus".

Gewiß ist es kein Zufall, daß sich die Verteiler-Zentrale für Osteuropa der kubanischen Agentur "Prensa Latina" ebenfalls in Prag befindet. Prominente ausländische Kommunisten wie die spanische "Pasionaria" Dolores Ibarruri und Portugals KP-Chef Alvaro Cunhal halten sich sehr häufig in Prag auf. Im Westen wird oft behauptet, daß der östliche Spionage-Apparat für Lateinamerika und die Pyrenäenhalbinsel ebenfalls sein Hauptquartier in Prag aufgeschlagen haben soll. Dies liegt zwar nahe, aber es ist naturgemäß schwer zu beweisen.

## Krach in der Kommunistischen Partei Frankreichs

De Gaulle, Mitterrand oder Wahlboykott ?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Drei Tendenzen bekämpfen sich gegenwärtig in der Kommunistischen Partei Frankreichs anlässlich der Präsidentenwahlkampagne:

1. das Zentralkomitee hat sich nach langen und harten Debatten für eine Unterstützung François Mitterrands ausgesprochen,
2. ein moskautreuer Flügel ist für die Wiederwahl de Gaulles,
3. eine prochinesische Linksoption ist für die Aufstellung eines eigenen kommunistischen Kandidaten oder Wahlboykott.

### Moskau rügt Waldeck-Rochet

Am interessantesten und folgenschwersten ist die Auseinandersetzung zwischen dem Zentralkomitee der KPF und Moskau. Seit Außenminister Couve de Murville noch vor de Gaulles Fernsehbotschaft dem Kreml über die Absichten des Präsidenten-Generals unterrichtete, haben sich sowjetamtliche Stellen mehrmals ausdrücklich für die Beibehaltung und Fortsetzung des gegenwärtigen französischen Regimes und der von ihm verfolgten Aussenpolitik ausgesprochen. Das ist gleichbedeutend mit einer Rüge für die Entscheidung des Politbüros der KPF.

Nach de Gaulles Fernsehrede sandte der frühere Botschafter Winogradow, der in Moskau als Schlüsselfigur der französisch-sowjetischen Beziehungen gilt, ein Glückwunschtelegramm nach Paris, in welchem er dem General einen durchschlagenden Wahlerfolg wünscht.

Dass es sich dabei um keine bloße Höflichkeitsfloskel handelt, beweist der gleichzeitige Kommentar der Agentur Tass, laut welchem nicht nur die eigentlichen Gaullisten für de Gaulle stimmen werden, sondern auch "ein Teil" derjenigen Franzosen, die bestimmte Aspekte der gaullistischen Aussenpolitik gutheissen.

### ... und empfiehlt de Gaulle

Das ist ein "Wink mit dem Zaunpfahl" für Millionen französischer Wähler, die normalerweise KPF wählen, am 5. Dezember aber eher auf die direkte und ausführliche Weisung Moskaus hören könnten, als auf die Direktiven Waldeck-Rockets.

Das Politbüro der KPF gerät damit in arge Verlegenheit. Aus innenpolitischen Gründen ist es gezwungen, sich wenigstens zum Schein für den gemeinsamen Kandidaten der demokratischen Linksparteien auszusprechen, obgleich dieser bekanntlich ein Anhänger des Atlantikpaktes und der EWG ist. Aus aussenpolitischen Gründen müsste sich die moskautreue KPF-Führung jedoch für de Gaulle entscheiden, was aber einen politischen Selbstmord gleichkäme.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass ein Teil der kommunistischen Wählerschaft nun wirklich für de Gaulle stimmt, wie schon Ende 1958. Die Spekulation der KPF-Zentrale, einen möglichst hohen Teil der für Mitterrand abgegebenen Stimmen für sich zu beanspruchen, wird somit jetzt bereits durch den Schachzug des Kreml zunichte. Es ist nicht neu, dass die Sowjetführung seit eh und je die Kommunistischen Parteien der einzelnen Länder als bloße Instrumente betrachtet und ihren



jeweiligen außenpolitischen Interessen unterordnet. Die KPF hat in dieser Beziehung eine jahrzehntelange Erfahrung: Unterstützung der französischen Aufrüstung nach dem Abkommen Stalin-Laval 1935, revolutionärer Defaitismus nach dem Pakt Hitler-Stalin 1939, Ultrapatriotismus ab 1941, Sabotageakte ab 1948 mit Beginn des Kalten Krieges, Bemühung um neue Salonfähigkeit seit de Gaulles Rückkehr zur Macht.

### Gegenseitige Zensur

Dass es dabei zu internen Konflikten kommen muss, ist unvermeidlich. Die Zeitungen der KPdSU und der KPF beginnen nun einander gegenseitig zu zensieren. Der Generalsekretär der KPF Waldeck-Rochet veröffentlichte in der französischen Zeitschrift "La Mef" ein Interview über de Gaulles Politik. Die Moskauer "Prawda" hat nun diese Erklärungen nur "auszugsweise" veröffentlicht. Die ohnehin sehr sanfte Kritik an de Gaulles Methoden wurde einfach weggelassen, nur die "positive" Anerkennung der KPF für de Gaulles Außenpolitik wurde zitiert:

"In bestimmten Fragen hat die französische Regierung eine realistische Haltung eingenommen, bedingt durch die inter-imperialistischen Gegensätze ... daher Frankreichs Haltung im Vietnamkonflikt und überhaupt in den Fragen Südostasiens, die Anerkennung der Volksrepublik China, eine gewisse Besserung der Beziehungen mit den sozialistischen Ländern und auch die Ablehnung der Intervention in Santo Domingo ... Frankreich sollte auch die DDR anerkennen, die DRV (Nordvietnam) und die VRK (Nordkorea) und für die Zulassung aller Länder in der UNO wirken ..."

Diese Entstellung des "kompletten Standpunktes" der KPF durch die sowjetische "Bruderpartei" hat in der KPF-Führung starke Erregung hervorgerufen. Man will aus innenpolitischen Gründen nicht noch "gaullistische" gelten als man ohnehin schon ist. Die "Humanité" (Zentralorgan der KPF) hat nun Waldeck-Rochets Erklärung wiedergegeben, unter dem bezeichnenden Titel: "Um jeden Missverständnis vorzubeugen."

Andererseits unterschlägt aber auch die "Humanité" die oben genannte Stellungnahme der Agentur Tass und andere Kommentare der Sowjetpresse. Auch die Begeisterungsausbrüche Warschaus und Pankows für eine mögliche Wiederwahl General de Gaulles blieben in der kommunistischen Presse Frankreichs unerwähnt.

### "Chinesische Wählerarbeit"

Die dritte Richtung in der KPF, die ultralinke Opposition der "Chinesen" wendet sich sowohl gegen de Gaulle als auch gegen Mitterrand. Wohl behandeln auch die "Chinesen" den französischen General mit Glacéhandschuhen, hat er doch diplomatische Beziehungen mit Peking aufgenommen und setzt sich für die Zulassung Chinas bei den Vereinten Nationen ein. Dennoch bleibt er für die französischen "Chinesen" ein "Mann der Bourgeoisie".

Das gilt noch mehr für Mitterrand, den Kandidaten der demokratischen Linksparteien. In jedem Fall wird dem Zentralkomitee der KPF "Klassenverrat" vorgeworfen. Der "chinesische" Einfluss ist in den unteren Parteiorganisationen weit verbreitet. Mit Flugblättern und Flüsterpropaganda werden die Parteifunktionäre aufgefordert, jede Wahlpropaganda zugunsten Mitterrands zu "sabotieren", die von oben angeordneten Plakate nicht zu kleben oder abzureißen und am Wahltag jedenfalls Boykott zu üben.

Die KPF durchquert mit diesem dreifachen Fraktionskampf eine ihrer schwersten Krisen.